

10. Delegiertenversammlung vom 25. November 2009 im Rathaus in Weinfelden

Schwerpunkte an der zehnten Delegiertenversammlung von Bildung Thurgau waren das Budget 2010, die Prozessziele für die Jahre 2010 bis 2012, die Tätigkeitsagenda 2010, die Verabschiedung des Medienreglements, die Genehmigung des Positionspapiers «Werken und Gestalten» und der Berufsauftrag zusammen mit der Jahresarbeitszeit. Mit grossem Mehr wurde beschlossen, den Abstimmungskampf gegen die Initiative für eine Freie Schulwahl mit 20000 Franken aus einem für diese Zwecke vorgesehenen Fonds zu unterstützen.

Die Delegiertenversammlung fand erstmals im Ratssaal in Weinfelden statt. Mit der auf diese Versammlung hin vollzogenen Verdoppelung der Anzahl der Delegierten will man die zweimal jährlich stattfindende Zusammenkunft vermehrt als meinungsbildendes Gremium nutzen und die Verbindung zwischen der Geschäftsleitung und der Basis intensivieren.

Präsidentin Anne Varenne erinnerte in ihrem Eröffnungsreferat die Delegierten an ihre Verantwortung als oberstes Organ des Verbandes, welcher gemäss Statuten über die Verbandspolitik und die Verbandsziele von Bildung Thurgau entscheidet. Immer wieder gelte es, sich mit eigenen Rollen innerhalb des Verbandes auseinanderzusetzen, Pflichten und Aufgaben zu überdenken und allenfalls neu zu definieren, aber auch Grenzen anzuerkennen. Die neuen Statuten ermöglichen auf der Führungsebene des Verbandes eine schnellere und direkte Kommunikation zwischen alle Präsidien der Teilkonferenzen. Als zweiter Schritt folgte nun mit der Verdoppelung der Anzahl der Delegierten der Ausbau des direkten Kontaktes zu allen Lehrpersonen. Die Delegierten sollen Multiplikatorenfunktion übernehmen wie die bis Januar 2010 hoffentlich gefundenen Schulhauskontaktpersonen, welche Infos aus der Geschäftsleitung auf einem geeigneten Weg in ihrem Team verteilen sollen.

Anne Varenne sieht im Delegieren eine Ausdruck von «Vertrauen haben in den anderen Menschen». Wer als Delegierte oder Delegierter gewählt werde, habe das Vertrauen der Lehrpersonen der eigenen Stufe erhalten. Mit diesem Vertrauen müsse man achtsam umgehen. Dazu gehört für Anne Varenne auch eine wertschätzende Kommunikation als Schlüssel für positive Beziehungen. So kann gemeinsam vieles für eine beziehungsreiche, lebendige und vielfältige Schule Thurgau erreicht werden.

Worte der Erziehungschefin

Regierungsrätin Monika Knill hob in ihren Grussworten wesentliche Aussagen aus dem fünften Bildungsbericht mit aktuellen Aussagen zur Bildungslandschaft Thurgau hervor, beispielsweise Umgang mit der Vielfalt als solches, Elternarbeit und demographische Auswirkungen auf die Schule Thurgau. Bezüglich Ausbildungsstand und Maturaquote meinte die Erziehungschefin, dass weiterhin im Thurgau Qualität vor Quantität im Vordergrund stehe. Sie dankte der Verbandsleitung von Bildung Thurgau für die gute Zusammenarbeit, insbesondere für die kritische und konstruktive Mitarbeit bei der Erarbeitung des Flexiblen Besoldungsystems FBS, welches 2012 erstmals wirksam wird.

Regierungsrätin Monika Knill legte die eindeutig ablehnende Haltung der Thurgauer Regierung zur Initiative Freie Schulwahl dar. 176 Jahre gute Volksschule Thurgau dürften nicht durch eine solche Initiative gefährdet werden, meinte sie und hofft, dass sich im Abstimmungskampf möglichst viele Lehrpersonen persönlich für die Weiterführung des bisher bewährten Schulsystem einsetzen.

Die Regierungsrätin orientierte über die von der EDK in eine Vernehmlassung geschickten zwei künftigen Lehrdiplomkategorien und begründete die ablehnende Haltung des Regierungsrates dazu. Man will an den bisherigen Kategorien Vorschulstufe und Primarstufe festhalten und den Kernfachbereich möglichst breit halten. Monika Knill sprach sich klar für ein Beibehalten des Klassenlehrersystems aus, was auch von Bildungsfachleuten wie Remo Largo gefordert werde. Die ersten Rückmeldungen zu den Lehrdiplomkategorien sind gesamtschweizerisch so vielfältig ausgefallen, dass nach Einschätzung von Monika Knill dieser Weg wohl nicht so schnell fortgesetzt wird. Betreffend Diskussion um den Lehrplan 21 meinte die Erziehungschefin, dass die Gliederung nach Fachbereichen beibehalten soll und dass hoffentlich ein schlanker und gut umsetzbarer Lehrplan erarbeitet werden kann.

Prozessziele 2010–2012

Dr. Heinz Hafner, Mitglied der Geschäftsleitung von Bildung Thurgau und TKMS-Präsident, stellte die Prozessziele als erstes Steuerungsinstrument des Verbandes für die kommenden drei Jahre vor. Die strategische Neuausrichtung des Verbandes soll bei der Entscheidungsfindung mithelfen, wo das Geld des Verbandes sinnvoll eingesetzt werden soll. Bei der Diskussion der Prozessziele äusserte Laurenz Wirth, er finde die Formulierungen als zu schwammig und riet als Betriebswirt, dass man grundsätzlich deutsche Wörter benutzen soll und nicht betriebswirtschaftliche Prozesswörter, die nicht allgemein bekannt seien. Er sprach sich für ein möglichst kurz formuliertes Leitbild aus und empfahl, nicht zu viele Ressourcen ins Personalmanagement hineinzustecken. Mit grossem Mehr bei fünf Enthaltungen wurden die Prozessziele für die Jahre 2010 bis 2012 angenommen.

Einstimmig genehmigt wurde die Tätigkeitsagenda für das Jahr 2010. Die wichtigsten Tätigkeitsbereiche für die Geschäftsleitung sind im kommenden Jahr: Weitere Stärkung des Verbandes, Berufsauftrag und Jahresarbeitszeit, Altersentlastung, Neues Beitragsgesetz für die Schulgemeinden, höhere Entlastung für Klassenlehrpersonen, Stärkung des Fachbereiches Werken, Schuleingangsstufe, Löhne, Aus- und Weiterbildung, Anerkennung altrechtlicher Diplome sowie die Abstimmung über die Initiative «Freie Schuwahl».

Ausgeglichenes Budget

Buchhalter Hermann Studer wies in seinen Erläuterungen zum Budget 2010 auf Positionsumstellungen hin, was den Vergleich mit früheren Rechnungen erschwert. Für 2010 wird ein ausgeglichener Aufwand und Ertrag von 655000 Franken angenommen. Diskussionlos wurde das Budget einstimmig genehmigt. Damit der prognostizierte Gewinn von 1000 Franken höher ausfällt, ist eine Erhöhung des Mitgliederbestandes unbedingt notwendig, unterstrich Präsidentin Anne Varenne. Sie rief die Delegierten auf, Kolleginnen und Kollegen im Schulhaus, welche noch nicht Mitglied sind, von der Mitgliedschaft zu überzeugen.

Steigerung des Organisationsgrades

Der Organisationsgrad von Bildung Thurgau ist noch sehr steigerungsfähig, dies zeigte Präsidentin Anne Varenne mit reellen Zahlen auf in ihrer Antwort auf eine Anfrage an der letzten DV im Mai 2009. Damals erkundigte sich der Delegierte Ruedi Gentsch nach dem effektiven Organisationsgrad der Berufsorganisation. Laut DEK waren im Jahr 2008 beim AMH (Amt für Mittel- und Hochschulen) 382 Lehrpersonen gemeldet, beim ABB (Amt für Berufsbildung und Berufsberatung) 432 Lehrpersonen und beim AV (Amt für Volksschule) 3103 Lehrpersonen. In diesem Total von 3917 Lehrpersonen sind sämtliche Lehrpersonen, also auch solche mit Kleinstpensen, eingeschlossen. Im Jahre 2008 waren 2206 Lehrpersonen Mitglied bei Bildung Thurgau. Dies ergibt einen Organisationsgrad von lediglich 56,3 Prozent!

Um diesen zu erhöhen, müssen alle werben! Pro geworbenes Mitglied werden im kommenden Jahr 50 Franken bei der eigenen Mitgliederbeitragsrechnung erlassen. Dabei ist es wichtig, dass sich Neumitglieder über das Formular auf der Website anmelden und den Namen des anwerbenden Mitgliedes angeben.

Reglemente und Organigramm

Damit das Medienreglement die aktuelle Realität abbildet, wurden die Bereiche «Redaktion BILDUNG THURGAU» und «Unterhalt der Website» klar getrennt. Nach einigen Erläuterungen durch die Verbandsjuristin Mette Baumgartner wurde das angepasste Medienreglement diskussionslos genehmigt. Ebenso folgten die Delegierten dem Antrag der Geschäftsleitung, das Geschäftsleitungsreglement zu streichen. Im Rückblick auf die ersten Jahre des neuen Berufsverbands stellte man fest, dass es nicht wirklich benötigt wird, weil praktisch alles durch die Statuten geregelt ist. Diskussionslos und einstimmig wurde der Streichungsantrag angenommen, ebenso das überarbeitete Organigramm von Bildung Thurgau.

Anne Varenne nutzte das Reglements-Traktandum, um die Arbeit von Mette Baumgartner zu verdanken. Im Auftrag der Geschäftsleitung prüft sie jeweils sehr sorgfältig Gesetzesänderungen, unterstützt das Präsidium durch juristische Beratung und steht den Mitgliedern als einfühlsame und kompetente Beraterin – gerade auch in Notfällen – zur Verfügung.

Wechsel im Beratungsteam

Mette Baumgartner würdigte das 1½-jährige Wirken von Christina Kind Brunschwiler und hob deren Kompetenz und Menschlichkeit hervor. Ihr Rücktritt ist die Folge einer Wahl in Schulbehörde Weinfelden. Klare Abgrenzungen sind für das Profil von Bildung Thurgau wichtig, damit die im Verband engagierten Personen unabhängig wirken können und ihr Wirken von aussen auch als unabhängig von Ausübung anderer Ämter wahrgenommen wird. Als Nachfolgerin wurde Susann Aeschbacher aus Weinfelden gewählt. Sie hatte im Bewerbungsgespräch überzeugt, verfügt über ein breites Spektrum, arbeitet als Lehrperson in vielen Bereichen und hat im Bereich Beratung viele Ausbildungen gemacht. Sie tritt ihr Amt Anfang 2010 an.

Positionspapier «Werken und Gestalten»

Ursula Geiger, Mitglied der Geschäftsleitung und TKHL-Präsidentin, stellte bei der Vorstellung des Positionspapiers zum Bereich Werken und Gestalten die ganzheitliche Förderung im Vordergrund und den Aufbau zusätzlicher Kompetenzen. Dazu bedarf es auch in Zukunft einer breiten Ausbildung der Fachlehrpersonen für diesen Fachbereich. Das Positionspapier wird nach der beinahe einstimmigen Verabschiedung (bei 5 Enthaltungen) Regierungsrätin Monika Knill übergeben und auf die Website gestellt. In der Diskussion wurde angemerkt, dass man wieder zwei Lektionen Werken pro Woche auf der Mittelstufe anstrebe oder zumindest den Ist-Zustand sichern wolle.

Diplomkategorien EDK

Sibylla Haas, Co-Präsidentin von Bildung Thurgau, orientierte kurz über die Vernehmlassungsantwort des Verbandes zu den von der EDK vorgeschlagenen künftigen Diplomkategorien. Unbestritten ist die Tertialisierung in der Berufsausbildung fortgeschritten und kann nicht aufgehoben werden. Im Bereich des Kindergartens wird dies als Fehlentwicklung beurteilt, denn dort wird einigen für diese Stufe geeigneten Personen der Zugang verweigert. Zudem ist die Ausbildung teilweise zu lang. Bildung Thurgau lehnt wie das DEK beide Varianten ab und fordert weiterhin grundsätzlich die Ausbildung zu Generalisten und somit über möglichst alle Fächer hinweg, wobei ein hoher Praxisbezug im Vordergrund stehen muss. Es ist eine Masterausbildung für alle Lehrpersonen der Volksschulstufe anzustreben und daraus folgend eine Überprüfung der Löhne.

Jahresarbeitszeit und Präsenzzeiten diskutiert

In ihrem Eingangsreferat gab Präsidentin Anne Varenne bekannt, dass sie keine Informationen aus der Arbeitsgruppe BAJAZ (Berufsauftrag/Jahresarbeitszeit) herausgeben dürfe und erinnerte im Hinblick auf die Gruppendiskussionen an die sechs Leitsätze des LCH:

- definiert Lehrpersonen als Fachleute für das Lehren und Lernen;
- akzeptiert Heterogenität und orientiert sich am Potenzial jedes Schülers beziehungsweise jeder Schülerin (unterschiedliche Lerntypen, integrative Sonderpädagogik);
- orientiert sich an einem integralen Berufsauftrag;
- fordert die Mitgestaltung bei der Leitung und Entwicklung von Schulen ein;
- verlangt Berufsausbildung und Weiterbildung auf Hochschulniveau;
- fordert verlässliche Rahmenbedingungen, unterstützende Strukturen und angemessene Anstellungsbedingungen für das Lehrpersonal.

Aus den Resultaten der halbstündigen Gruppendiskussionen erhofft sich die Geschäftsleitung möglichst viele Argumente zu erhalten, welche in die Arbeit der Kommission BAJAZ aus Verbandssicht einfließen sollen. Nach engagierten Diskussionen wurden elf Plakate vorgestellt. Diese gut formulierten und bei der Präsentation teilweise beklatschten Gedanken, Haltungen und Einstellung werden in die weitere Arbeit einfließen. Auf der Website des Verbandes werden in der Rubrik «Delegiertenversammlung» die Fragen positioniert.

Freie Schulwahl

Die Einsitznahme von Anne Varenne ins Gegenkomitee zur Initiative Freie Schulwahl war unbestritten. Es herrschte Einstimmigkeit bei drei Enthaltungen. Kritische Stimmen gab es aber bezüglich der finanziellen

Unterstützung des Abstimmungskampfs. Vorgeschlagen wurde die Entnahme von 20'000 Franken aus einem mit rund 100'000 Franken geäuften Reservetopf für Kampfmassnahmen, welcher vor Jahren vom Vorgängerverband LTG angelegt worden war. Anne Varenne wies darauf hin, dass bei Annahme des Antrages eine gleichhohe Summe vom LCH freigegeben würde. Uwe Moor, TKMS, äusserte die Erwartung, dass sich in erster Linie die Parteien einsetzen müssten und der Beitrag von Bildung Thurgau lediglich eine Defizitzusage sein soll. Wichtiger als Geld sei es, dass viele Lehrpersonen aktiv Stellung beziehen und bereit seien, bei Standaktionen mitzuwirken. Auch für Laurenz Wirth, TKMS, steht ein grosses Engagement wie Leserbriefe schreiben im Vordergrund. Er wollte maximal 10'000 Franken als Defizitgarantie für den Abstimmungskampf freigeben. Der Antrag Moor wurde mit 33 zu 32 bei 10 Enthaltungen abgelehnt. Dem Antrag der Geschäftsleitung, 20'000 Franken in den Abstimmungskampf zu investieren wurde schliesslich mit 50 ja, 13 nein und 19 Enthaltungen angenommen.

Nachfolge Co-Präsidium

Auf den Sommer 2010 zeichnet sich ein Rücktritt im Co-Präsidium von Bildung Thurgau ab. Sibylla Haas möchte vermehrt Zeit haben, um als Coachfrau in ihrem Geschäft zu arbeiten. Ihr Rücktritt wird bedauert. Eine Würdigung der Arbeit von Sibylla Haas findet an der DV im Mai 2010 statt.

Die Erwartungen an das neue Co-Präsidiumsmitglied wurden wie folgt umschrieben:

- Mitglied der GL, eines Vorstandes oder der Delegiertenversammlung;
- Bereitschaft, mit der Präsidentin die entsprechende Arbeitsorganisation vorzunehmen;
- Bereitschaft, bei einem allfälligen Rücktritt der Präsidentin im Amt nachzufolgen.

Interessierte Lehrpersonen melden sich bitte bei Stefan Birchler oder bei Dr. Heinz Hafner.

FBS

Der Regierungsrat hat am 17. November 2009 die Änderungen in der Rechtsstellungsverordnung, gleichbedeutend mit flexiblem Besoldungssystem FBS, entschieden. Damit wird die lohnwirksame Beurteilung im Jahr 2012 wirksam. An der letzten Delegiertenversammlung wurde ausführlich über die Vernehmlassungsantwort diskutiert. Der Regierungsrat hat die Anliegen der Berufsorganisation aufgenommen. Es bleibt also bei zwei Beurteilungsstufen und vier offiziellen Prüfungszeitpunkten. Bei einer ungenügenden Beurteilung kann die Lehrperson ein Jahr später diesen Ausfall mit einer guten Beurteilung wieder aufholen. Dies entspricht der Vernehmlassungsantwort von Bildung Thurgau. Neu hat der Regierungsrat aber einen Artikel hinzugefügt, der wie folgt lautet: «Nach erfolglos durchgeführten Massnahmen zur Verbesserung der Leistung und des Verhaltens kann auch innerhalb eines Abschnittes der Anstieg in die nächste Lohnposition ausgesetzt werden.» Die Geschäftsleitung prüft nun, was dies konkret im juristischen Sinne bedeutet und wird dann die Verbandsmitglieder orientieren.

Markus Germann, Redaktionsleitung BILDUNG THURGAU